Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE

Sitz / Verbreitung	»Antikapitalistische Linke (AKL)« Sitz: Berlin **marx21** Sitz: Berlin; Unterstützergruppe in Nordrhein-Westfalen: Duisburg **Kommunistische Plattform (KPF)** Sitz: Berlin **Linksjugend ['solid]** Bundesverband: Berlin Landesverband: Düsseldorf und Essen
Gründung / Bestehen seit	»Antikapitalistische Linke (AKL)«: 2006 **marx21**: 2007 **Kommunistische Plattform (KPF)**: 1995 **Linksjugend ['solid]**: 1999
Struktur / Repräsentanz	»AKL«, **marx21** und **KPF** sind Zusammenschlüsse beziehungsweise Teile der Partei DIE LINKE, die im Bundestag, in Landtagen und bundesweit in kommunalen Gremien vertreten ist »Antikapitalistische Linke (AKL)«: zunächst Strömung, seit 2013 anerkannter Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE; sechs Bundessprecherinnen und ein Länderrat, in dem Delegierte aus jedem Bundesland sowie die sympathisierenden Parteivorstandsmitglieder vertreten sind **marx21**: trotzkistisches Netzwerk innerhalb des Zusammenschlusses „Sozialistische Linke“ in der Partei DIE LINKE; lokale „Unterstützergruppen“ in den Bundesländern **Kommunistische Plattform (KPF)**: offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE **Linksjugend ['solid]**: Jugendorganisation der Partei DIE LINKE mit Bundesgeschäftsstelle, Bundessprechern und Landesverbänden
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	»Antikapitalistische Linke (AKL)«: Bund: 467 ➡ **marx21**: nicht bekannt;

	Kommunistische Plattform (KPF): 1.210 ➡ **Linksjugend ['solid]**: Bund: 3.150 aktiv / 9.500 passiv ➘
Veröffentlichungen	»Antikapitalistische Linke (AKL)«: antikapitalistische-linke.de/ **marx21**: marx21.de/ sowie das Magazin fünfmal jährlich „marx21“ **Kommunistische Plattform (KPF)**: die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke/ und monatlich „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“ **Linksjugend ['solid]**: Bund: linksjugend-solid.de; NRW: linksjugend-solid-nrw.de/; Zudem berichtet regelmäßig die Tageszeitung „junge Welt (jW)“ auch über die politischen Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE.
Kurzportrait / Ziele	Gemeinsam ist – in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe – diesen Zusammenschlüssen, dass nicht nur das „kapitalistische System“ in der Bundesrepublik Deutschland überwunden werden soll, sondern eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland angestrebt wird, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mehr zu vereinbaren ist.
Finanzierung	**Kommunistische Plattform (KPF)**: Mittel der Partei DIE LINKE und Spenden.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der überwiegende Teil der Mitglieder der Partei DIE LINKE und wesentliche Teile der politischen Forderungen sind nicht als extremistisch anzusehen. Die Partei DIE LINKE lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet daher nicht die Partei DIE LINKE als Ganzes, sondern nur die linksextremistischen bzw. die im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehenden Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. Dies sind die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, das trotzkistische Netzwerk **marx21**, die **Kommunistische Plattform (KPF)** und die **Linksjugend ['solid]**.

»Antikapitalistische Linke (AKL)«

Die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, die als innerparteiliche Strömung 2006 gegründet wurde, wandelte sich 2013 von einer Strömung zu einem anerkannten Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE. Sie verspricht sich davon, *„ihren Einfluss sowohl nach innen in die Linkspartei hinein als auch nach außen in der Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen [zu] stärken*“.

Vor dem Hintergrund dieser Stärkung der innerparteilichen Stellung der »AKL« beschloss die Bundesmitgliederversammlung am 9. November 2013 in Hannover einen Text zum politischen Selbstverständnis mit dem Titel *„Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut – für eine antikapitalistische Linke“*, der den ursprünglichen Gründungsaufruf der »AKL« von 2006 mit der Forderung nach „grundlegende[n] Veränderungen der Wirtschaftsordnung" ablöst. Die »AKL« sieht sich in dem neuen Grundlagentext als *„eine demokratische Erneuerungsbewegung, die die Verteidigung der Bürger- und individuellen Freiheitsrechte […] mit einem Kampf gegen die herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen verbindet“*. Bei der »AKL« bleibt die Tragweite der Formulierung *„Die AKL will Forderungen durchsetzen, die das kapitalistische System in Frage stellen, angreifen und letztlich überwinden“* unklar. Ihr nach wie vor zwiespältiges Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat, insbesondere im Hinblick auf den Parlamentarismus, wie auch ihr ausgeprägtes Freund-Feind-Denken stellen gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Ausrichtung dar.

Ein klares Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat lässt sich in den offiziellen Verlautbarungen der »AKL« nicht feststellen. Eine geringe Wahlbeteiligung wurde zum Beispiel durch den »AKL«-BundessprecherInnen-Rat am 15. September 2014 folgendermaßen interpretiert: *„Das Personal der herrschenden Klasse, ihre Spitzenleute wie die Parteien werden verachtet. Und wie immer spiegelt die Wahlbeteiligung die sozialen Verhältnisse wider. Die Wahlen werden immer mehr zu einer Veranstaltung der materiell wie kulturell Besserverdienenden.“*

Dass das Parlament als demokratisch legitimiertes Organ implizit eher instrumentell betrachtet wird, lässt sich insbesondere an der Kritik der »AKL« an der eigenen Partei an gleicher Stelle festmachen, sofern diese an Regierungskoalitionen beteiligt ist oder plant, sich daran zu beteili-

gen: *„Ein bisschen mehr soziale Tunke, aber ansonsten die gleiche politische Entmündigung der Menschen und Vollstreckung der Interessen der Herrschenden“*.

Der demokratisch-parlamentarische Verfassungsstaat wird für die »AKL« nur als Disziplinierungsinstrument für „systemkritische“ Parteien und Abgeordnete gesehen.

So gebe es *„keine parlamentarische Lösung“*, um die Krise des Kapitalismus zu beenden und die Interessen der von Lohnarbeit abhängigen Menschen zu vertreten, da der Parlamentarismus grundlegende Herrschafts- und Machtstrukturen nicht hinterfrage und somit die Interessen der Mehrheit nicht durchgesetzt würden.

marx21

marx 21

Netzwerk für internationalen Sozialismus

Wer wir sind

Das Netzwerk versteht sich als Teil der neuen Linken und der globalisierungskritischen Bewegung, die angetreten sind, die Macht der Konzerne zu brechen. Wir wollen mit unseren Ideen und unserem Einsatz dazu beitragen, die Partei DIE LINKE zu stärken und so eine politische Alternative zum entfesselten Kapitalismus und zu den etablierten, neoliberalen Parteien aufzubauen.

Wir halten es für notwendig, dass die LINKE als Sammlungsbewegung für alle offen ist, die sich in solidarischer Weise gegen den Neoliberalismus engagieren wollen. Wir wollen in der Partei DIE LINKE im gemeinsamen Erfah-

Verwaltungen sowie gegen Dominanz von verkrusteten bürokratischen Strukturen im Gewerkschaftsapparat.

Wir sehen, wie die soziale Polarisierung die Gefahr des Wiedererstarkens der Nazis mit sich bringt. Eine starke LINKE kann auch dem Wachstum rassistischer und neofaschistischer Kräfte Einhalt gebieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die LINKE klar gegen alle Formen von Rassismus (wie Ausländerfeindlichkeit, Islamophobie, Antisemitismus, etc.) und Diskriminierung positioniert und sich den Nazis entgegenstellt.

Im Netzwerk arbeiten Marxisten zusammen,

In der Partei DIE LINKE agiert in dem Zusammenschluss »Sozialistische Linke« das trotzkistische Netzwerk **marx21**.

Dogmatisch beruft sich das Netzwerk unter anderem auf sozialistische Klassiker wie Marx und Luxemburg und propagiert Freiheit durch Sozialismus. Eine Reformierbarkeit des Kapitalismus – durch staatliche Intervention – wird dabei von **marx21** generell bestritten, stattdessen wirkt man auf seine Überwindung hin. Diese Überwindung könne allerdings nicht im vorgegebenen institutionellen Rahmen der Bundesrepublik stattfinden, sondern müsse durch eine starke außerparlamentarische Bewegung unter Führung der Partei DIE LINKE erfolgen. So forderte das Netzwerk die Parteimitglieder auf, sich von der *„verengten parlamentarischen Perspektive“* zu lösen. Dazu müsse DIE LINKE zu einer Bewegungspartei werden, *„die soziale Bewegungen, insbesondere Klassenkämpfe, als zentrales Moment der gesellschaftlichen Veränderung“* begreife.

Ziel von **marx21** ist eindeutig die Überwindung des bestehenden politischen Systems und die Abschaffung parlamentarischer Strukturen. Im Ergebnis lassen sich daher auch bei **marx21** kommunistische Positionen feststellen, die mit Verfassungsgrundsätzen des Grundgesetzes nicht in Einklang zu bringen sind.

Kommunistische Plattform (KPF)

Laut ihrer Gründungserklärung ist die **Kommunistische Plattform (KPF)** *„ein offen tätiger Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE“*, der sich die

Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts sowie deren Einbringung in die Politik der Partei zum Ziel gemacht hat und für den Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen eintritt.

Ideologische Grundlage der **KPF** bilden nach wie vor die „Klassiker“ des Sozialismus bzw. Kommunismus wie die Schriften von Marx, Engels und Lenin, die nach Auffassung der **KPF** auch im 21. Jahrhundert noch gültig sind und von ihr zur Grundlage allumfassender Erklärungsansätze ökonomischer und politischer Prozesse erklärt werden.

Nach wie vor verteidigt die **KPF** die DDR als legitime antikapitalistische Alternative und verfolgt das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. So hält die **KPF** die Beschreibung „Unrechtsstaat“ für eine „denunziatorische [...] Beschreibung der DDR“, die keine Kritik an der DDR sei, sondern die „diffamierende Absage“ an die Legitimität ihrer Existenz als sozialistischer Staat.

Linksjugend ['solid]

Einen *„grundsätzlichen Systemwechsel“* strebt auch die **Linksjugend ['solid]**, die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE an, die sich selbst als einen *„kämpferische[n] und sozialistische[n] Jugendverband“* charakterisiert.

Die parlamentarische Demokratie wird als untauglich für den Systemwechsel und nur „als Mittel zum Zweck“ betrachtet. So heißt es in ihrem am 5. April 2008 beschlossenen Programm: *„Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Ras-*

sismus und Patriarchat. […] Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel. […] Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei".

Eine Reformierbarkeit des Kapitalismus wird auch von der **Linksjugend ['solid]** generell bestritten, stattdessen wirkt die Jugendorganisation auf dessen Überwindung hin.

Die **Linksjugend ['solid]** fungiert zudem weiterhin als Schnittstelle zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften. Diese Verbindungen reichen bis in die linksautonome Szene. Die **Linksjugend ['solid]** bekennt sich unverändert zur Zusammenarbeit mit dem im Verdacht linksextremistischer Bestrebungen stehenden Bündnisnetzwerk »Interventionistische Linke (IL)«, einem Netzwerk mehrerer deutscher, nach eigener Darstellung „linksradikaler und antikapitalistischer" Gruppen, von Einzelpersonen aus diversen Nichtregierungsorganisationen, von Zeitungsredaktionen sowie bundesweiten Kampagnen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Zusammenschlüsse »AKL«, **marx21**, **KPF** und die **Linksjugend ['solid]** vertreten in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe weiterhin Positionen, die auf eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik abzielen, die unter Überwindung des „kapitalistische Systems" in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren ist. **KPF**, **Linksjugend ['solid]** und das Netzwerk **marx21** innerhalb der »Sozialistischen Linken« sind somit als linksextremistische, die »AKL« weiterhin als im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehende Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE anzusehen.

Die Partei DIE LINKE wird vom Verfassungsschutz nicht beobachtet. Sie lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Es handelt sich dabei um die Zusammenschlüsse »Antikapitalistische Linke (AKL)«, **Kommunistische Plattform (KPF)** sowie ihren Jugendverband **Linksjugend ['solid]**. DIE LINKE sieht diese Gruppierungen als wichtigen Bestandteil der Partei an und gewährt ihnen durch die Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_zusdielinke